

Bacharuddin Jusuf Habibie

# 517 Tage

Indonesien:

Geburt einer Demokratie

 Herbert Utz Verlag

*Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben – auch bei nur auszugsweiser Verwendung – vorbehalten.

Copyright © Herbert Utz Verlag GmbH, München · 2009  
[www.utzverlag.de](http://www.utzverlag.de)

Die indonesische *Originalausgabe* erschien 2006 unter dem Titel »Detik-Detik yang Menentukan« bei THC Mandiri, Jakarta

*Gestaltung und Satz:* Martin Heise

*Titelfotos:* Porträt: Tarzan-Photo, Jakarta, Fahne: bilderbox / fotolia.com

*Fotos im Bildteil:* Besitz des Autors

*Druck:* PBTisk s. r. o., Pribram

ISBN 978-3-8316-0888-1

Printed in the EC

# Inhalt

Geleitwort von <i>Helmut Schmidt</i>	7
Vorwort	11
Einführung in das politische System Indonesiens	15
Prolog	25
1 Vor dem Rücktritt Präsident Suhartos	47
2 Die ersten 100 Tage: Der Kampf gegen die multidimensionale Krise	83
3 Zwischenzeit: Nach den ersten hundert Tagen bis zu den letzten hundert Tagen vor der Präsidentenwahl	153
Die Sondersitzung der Volksversammlung (MPR) und die Allgemeinen Wahlen 155 · Die Zentralbank und die Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität 167 · Die Osttimor-Frage 204 · Die Selbstverwaltung der Provinzen 236 · Präsident Suharto 258	
4 Die letzten hundert Tage vor der Wahl des 4. Präsidenten der Republik Indonesien	269
Erfahrungen, Meinungen, öffentliche Kritik 269 · Mein Rechenschafts- bericht 305 · Die Ablehnung – Kommentare und Reaktionen 376	
Anhang	
Anmerkungen	391
Personenverzeichnis	399
Glossar	403
Bildteil	405

# Geleitwort

Unter den bevölkerungsreichen Staaten der Erde steht Indonesien mit fast einer Viertelmilliarde Menschen hinter China, Indien und USA an der vierten Stelle. Unter den muslimisch geprägten Staaten ragt Indonesien als der bei weitem größte hervor. Schon diese beiden Tatsachen allein rechtfertigen unser Interesse an diesem Entwicklungsland. Außerdem ist eine wachsende wirtschaftliche und außenpolitische Bedeutung des Landes zu erwarten.

Mein eigenes Interesse an Indonesien reicht in das Jahr 1939 zurück. Damals wollte ich als Volontär einer Ölfirma nach Holländisch-Indien, um der Naziherrschaft zu entgehen; weil der Zweite Weltkrieg ausbrach, ist daraus nichts geworden. So blieb es für mich leider bei lediglich geringfügigen Kenntnissen und bei meiner Sympathie für die indonesischen Künste der Gamelan-Musik und der Batik, zumal ich später im Leben nur einmal in Indonesien gewesen bin.

Hingegen habe ich Bacharuddin Jusuf Habibie kennengelernt, als er indonesischer Staatsminister für Forschung und Technologie war – ein Amt, das er fast zwanzig Jahre recht erfolgreich geführt hat. Später habe ich ihn in unregelmäßigen Abständen bei internationalen Konferenzen des InterAction Councils, einem vom ehemaligen japanischen Premierminister Takeo Fukuda gegründeten Gremium ehemaliger Staats- und Regierungschefs, wiedergesehen, in Diskussionen erlebt und am Rande dieser Konferenzen zum Gespräch getroffen. Dabei habe ich Jusuf Habibie als einen Menschen erlebt, der sich Deutschland und uns Deutschen sehr verbunden fühlt. Diese Verbundenheit resultiert aus den mehr als zwanzig Jahren, die der promovierte Flugzeugingenieur in Deutschland studiert und gearbeitet hat.

Ähnlich wie in vielen anderen Entwicklungsländern Asiens beginnt die Geschichte des Staates Indonesien – nicht aber die sehr viel ältere Geschichte seiner Kulturen! – erst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, mit der Befreiung von japanischer Besetzung und mit der Befreiung von Jahrhunderte langer holländischer Kolonialherrschaft. Erst seit 1950 ist die Souveränität Indonesiens unangefochten. Fünf Jahre später kam es auf die Initiative Sukarnos, des ersten Staatspräsidenten, zu der auch in Deutschland beachteten Bandung-Konferenz, an welcher der Inder Nehru, der Chinese Chou En-Lai und der Ägypter Nasser sich beteiligten. Auf diese Konferenz geht der Begriff der sogenannten blockfreien »Dritten Welt« zurück; außerdem bestätigte sie die Pancasila, d.h. die fünf Grundprinzipien, welche der indonesischen Verfassung voranstellt sind. Dem Präsidenten Sukarno folgte 1968 für dreißig Jahre sein sich auf das Militär stützender Nachfolger Suharto. Beide Präsidenten regierten ausgesprochen autoritär, wofür die Verfassung die institutionellen Voraussetzungen geschaffen hatte. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde Indonesien von einer tiefgreifenden Finanzkrise getroffen. Ihre sozialen und ökonomischen Folgen wurden durch eine ausgedehnte Korruption noch verschlimmert.

Suharto war der Situation nicht mehr gewachsen. Auf seinen Rücktritt folgte 1998 für anderthalb Jahre sein demokratisch gesonnener Vizepräsident Jusuf Habibie. In dem vorliegenden Buch »517 Tage. Indonesiens neuer Weg zur Demokratie« schildert Habibie aus sehr persönlicher Perspektive die politische Umbruchzeit Indonesiens von dem Rücktritt von Präsident Suharto im Mai 1998 bis zum Ende von Habibies Präsidentschaft im Oktober 1999. Er hat zum ersten Mal freie und demokratische Wahlen ermöglicht. Er hat während seiner kurzen Amtszeit umfangreiche Reformen in Politik, Wirtschaft und Justiz eingeleitet – ein großes Verdienst.

Habibies Buch ist für Leser in Indonesien geschrieben. Gleichwohl kann ein deutscher Leser daraus die Schwierigkeiten zu er-

kennen lernen, mit denen ein Entwicklungsland typischerweise zu kämpfen hat. Zum anderen zeigt Habibies Beispiel: Das in Deutschland Gelernte kann – ohne jede deutsche Bevormundung – in einem fernen Lande Früchte tragen.

Hamburg, im Mai 2009

Helmut Schmidt

# Vorwort

Während ich das vorliegende Buch konzipierte und schrieb, wanderten meine Gedanken oft nach Deutschland zurück. Diese gedanklichen Spaziergänge hingen natürlich in erster Linie damit zusammen, dass ich mein gesamtes Studium an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH Aachen) absolviert, dort mein Examen als Diplomingenieur gemacht und auch meine Promotion als Doktoringenieur zu Ende geführt hatte. Die vielfältigen Erfahrungen, die ich an der RWTH Aachen gemacht, und die Freundschaften, die ich geschlossen hatte, dazu das Eintauchen in eine mir zunächst völlig fremde Alltagswelt, gehören sicherlich zu den entscheidendsten Eindrücken, die ein junger Mensch gewinnen kann und nie mehr verlieren wird.

Zwar teilte ich diese Erlebnisse mit vielen tausend indonesischen Studenten und Studentinnen, die damals an deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen studierten. Entscheidend vertiefen und erweitern aber konnte ich meine Erfahrungen, als ich unmittelbar nach meiner Promotion ein Angebot der Hamburger Flugzeugbau GmbH erhielt, beim Aufbau der jungen deutschen Flugzeugindustrie mitzuarbeiten. Diese Arbeit führte mich nach der Fusion der deutschen Flugzeug-Industrien zu Messerschmitt-Bölkow-Blohm, wo mir die Chance eines raschen Aufstiegs zuteil wurde.

Insgesamt habe ich 23 Jahre (1955 bis 1978) in Deutschland verbracht und, wie ich sagte, nach dem Studium die für einen Ausländer fast einmalige Gelegenheit erhalten, in einer führenden Position innerhalb eines strategisch wichtigen deutschen und europäischen Wirtschaftszweigs ganz praktische Einblicke in das ge-

samte politische, wirtschaftliche, soziale, rechtliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben und Getriebe einer großen und bedeutenden demokratischen Industrienation zu gewinnen. Geblieben sind mir dabei neben einer großen Zahl persönlicher Freundschaften ganz besonders die Bewunderung für das deutsche Wirtschaftswunder und seine Vorkämpfer, an der Spitze Ludwig Erhard, sowie die Bewunderung für die Prinzipien einer Marktwirtschaft, die der sozialen Ordnung bedarf, um zu funktionieren, ein Grundsatz, auf den Bundeskanzler Helmut Schmidt stets hingewiesen hat und den er bis heute in den Mittelpunkt seiner eindrucklichen Mahnungen stellt. Schließlich gehört dazu auch die Hochachtung für die mir bereits von meinen Lehrern in Aachen her vertraute, wie ich denke, typisch deutsche Verbindung von Vernunft und Freiheit: Ein Prinzip, das nicht nur die Wissenschaft und Technik beherrscht.

Diese Schule der Erfahrung, wie ich sie nennen möchte, hat mich mein ganzes berufliches und politisches Leben, auch nach meiner Rückkehr nach Indonesien, begleitet und mir vor allem eine unschätzbare Stütze gegeben, als mich der Sturz des zweiten Präsidenten der Republik Indonesien, Suharto, im Mai 1998 in das Amt des Präsidenten katapultierte.

Die Herausforderungen, vor denen Indonesien stand und die Gegenstand dieses Buches sind, waren andere als diejenigen, die die junge Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zu bewältigen hatte. In Indonesien gab es keinen verlorenen Krieg, keine nationalsozialistische Herrschaft, keine Teilung des Landes, keine Besetzung durch fremde Truppen. Aber in zwei Punkten ähnelten sich die Herausforderungen doch. In beiden Fällen galt es, sowohl die Erbschaft eines autoritär und diktatorisch geführten sowie zentralistisch organisierten Staates so rasch wie möglich zu überwinden und den Staat mit allen Konsequenzen in eine dezentralisierte, funktionierende Demokratie umzuwandeln, als auch die Grundlagen für einen nachhaltigen wirtschaftlichen Wiederaufstieg der zusammengebrochenen Wirtschaft zu legen.



Ich bin dankbar, dass ich bei dieser Aufgabe, die ich oft als »mission impossible« bezeichnet habe, nicht nur meine Erfahrungen, die ich in Deutschland gemacht hatte, einbringen konnte. Neben der großen Hilfe, die Indonesien in den Krisenjahren von seinen Freunden aus der internationalen Welt, aus Ost und West, Süd und Nord, erhalten hat und für die ich dankbar war, erfüllt mich mit besonderer Genugtuung, dass es mit Hilfe von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gelang, zur Bewältigung von zwei wesentlichen Reformschritten auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet aktive deutsche Helfer zu gewinnen: Für die Begründung der Unabhängigkeit der indonesischen Zentralbank und für die Einführung eines Antikartellrechts als Rückgrat einer Sozialen Marktwirtschaft. Für die Zentralbank waren dies der frühere Bundesbankpräsident Prof. Dr. Helmut Schlesinger, für die Abschaffung der Monopolwirtschaft sowie die Einführung eines Verbraucherschutzes der frühere Präsident des Bundeskartellamts, Prof. Wolfgang Kartte. Dass hieraus nach Ende meiner Präsidentschaft weitere Kontakte für die Hilfe bei der Begründung eines Verfassungsgerichtshofes entstanden sind, empfinde ich als glückliche Fügung.

Aber auch auf zahlreichen anderen Gebieten konnte ich mit Dankbarkeit auf deutsche Hilfe zählen, so etwa auf den Deutschen Bundestag für die Hilfe bei der Formulierung der Grundlagen für ein demokratisches Wahlrecht. Eine hilfreiche Rolle bei der Begründung demokratischer Strukturen und deren Verbreitung spielten ebenso die deutschen politischen Stiftungen, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Hanns-Seidl-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung mit ihren Aktivitäten. Weitere Unterstützung kam auch von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie von den Mitarbeitern der Treuhandanstalt, letztere mit ihren Erfahrungen bei der Liquidation von staatlichen Unternehmen der früheren DDR. Bei der Lösung der Bankenkrise, vor allem beim Zusammenschluss von vier früheren staatlichen Banken zur Bank

Mandiri, gilt mein Dank dem heutigen Chef der Deutschen Bank, Dr. Josef Ackermann, und seinen Mitarbeitern.

Von Anfang an hatte ich mir deshalb gewünscht, dieses Buch über die Zeit meiner Präsidentschaft, das 2006 in indonesischer Sprache erschienen ist, meinen deutschen Freunden auch in deutscher Sprache vorlegen zu können. Dankbar bin ich, dass dies mit Hilfe des früheren deutschen Botschafters in Indonesien möglich geworden ist. Dr. Heinrich Seemann, der die Zeit der Unruhen und des Umsturzes und meine gesamte Zeit als Präsident nicht nur als Beobachter begleitete, hat auf meine Bitte hin die Mühe der Übersetzung übernommen, kleinere Korrekturen vorgenommen und zum leichteren Verständnis indonesischer Begriffe und Eigenheiten eine Einführung in das politische System Indonesiens sowie einen Anmerkungsapparat eingefügt. Das Buch folgt der indonesischen Ausgabe und beginnt mit einem Prolog, der von einem indonesischen Expertenteam geschrieben wurde und die Entstehung der Krise und deren Verlauf bis zum Rücktritt Präsident Suhartos schildert.

Mit diesem Buch in deutscher Sprache möchte ich gleichzeitig dem Land, das mir so viel gegeben hat und in dem Indonesien so viele gute und treue Freunde besitzt, meinen Dank für eine Freundschaft ausdrücken, die sich bereits seit vielen Generationen bewährt hat und sich, so wünsche ich mir, auch in Zukunft zum Vorteil unserer beiden Länder weiter bewähren wird.

Ganz besonders dankbar bin ich Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt, der sich freundlicherweise bereit erklärt hat, diesem Buch ein Geleitwort mit auf den Weg zu geben.

In meinem Land gibt es ein altes Sprichwort: »Ehre deine Eltern und deine Lehrer.« Meine Lehrer waren die Deutschen.

Jakarta, im Mai 2009

Bacharuddin Jusuf Habibie

# Einführung in das politische System Indonesiens

Um das Verständnis des deutschen Lesers für die politischen Gegebenheiten Indonesiens zu erleichtern, scheint es mir nützlich, einige Grundbegriffe und Probleme, die auch im Text wiederkehren, kurz zu erläutern.

## 1 Pancasila

Die indonesische Verfassung, die auf das Jahr der Begründung der Unabhängigkeit, 1945, zurückgeht, ruht auf den sogenannten Pancasila, die dem eigentlichen Text der Verfassung als Vorwort vorangestellt sind. Der Begriff ›Pancasila‹ kommt aus dem Sanskrit und bedeutet ›fünf Säulen‹ oder ›fünf Prinzipien‹.

Diese fünf Säulen verkörpern die Staatsprinzipien Indonesiens. Sie beanspruchen einen höheren Rang als die Verfassung und gelten als unveränderlich. Ihren Ursprung finden die Pancasila in dem Willen der Staatsgründer, aus dem riesigen, multi-ethnischen, multikulturellen und, nicht zu vergessen, multireligiösen Archipel, der heute mit 240 Millionen Einwohnern nach China, Indien und den USA zum viertgrößten Land der Erde geworden ist, eine staatliche Einheit zu schaffen, in deren Prinzipien sich alle Indonesier finden können. Es sind beispielsweise diese Prinzipien, die verhindert haben, dass sich das überwiegend aus Moslems bestehende Land als islamischer Staat deklarierte.

In der deutschen Übersetzung des großen Indonesienkenners und politischen Philosophen des Landes, Franz von Magnis-Suseno S. J.,<sup>[1]</sup> lauten die nicht leicht zu übersetzenden fünf Prinzipien:

- Glaube an Gott den Einen
- Achtung vor dem Menschen in Gerechtigkeit und Kultiviertheit
- Einheit Indonesiens
- Volksherrschaft, geleitet durch die Weisheit gemeinsamer Beratung/Vertretung
- soziale Gerechtigkeit für das ganze Indonesien.

Zwei dieser Prinzipien verdienen eine kurze Bemerkung, das erste und das vierte.

Das erste Prinzip legt fest, dass Indonesien kein vollkommen säkular geordnetes Land ist, sondern Gott in die Verfassung mit der Maßgabe einbringt, dass sich die Anhänger der vier im Land existierenden Religionen (Islam, Christentum, Hinduismus und Buddhismus), in dem Glauben an den *einen*, nicht näher definierten Gott treffen. Das Prinzip besitzt auch eine innenpolitische Komponente, da vor allem Protestanten, Katholiken und Hindus über bedeutende regionale Schwerpunkte verfügen.

Das vierte Prinzip ist aufgrund des schwierig zu übersetzenden Begriffes »Musyawaratan« mehrdeutig, möglicherweise sogar gewollt. Jedenfalls erlaubt diese Mehrdeutigkeit einer autoritären Regierung die Interpretation, dass über eine Sache so lange beraten werden muss, bis sich der Konsens von selbst einstellt; ein Ergebnis, das auch dem vielfach beschworenen javanischen Harmoniebedürfnis entgegenkommt. Aber die Mehrdeutigkeit erlaubt ebenso die demokratische Auffassung, dass nach der Beratung auch abgestimmt werden muss. Die Problematik, dass eine Abstimmung auch einen Verlierer kennt, der einen Gesichtsverlust erleidet, möchte ich nur andeuten.

# Prolog

Nach einem Kreislauf von dreißig Jahren erhob sich abermals der Sturmwind einer Krise über der indonesischen Nation. Die politischen Verwerfungen der 60er Jahre wiederholten sich im Gefolge der multidimensionalen Krisen, die der Verfall asiatischer Währungen Mitte 1997 ausgelöst hatte.

Schwere Fehler der Staatsführung hatten das Land bereits damals in eine Periode ernster wirtschaftlicher Schwierigkeiten geführt. Die Inflation war auf 650 Prozent gestiegen, Korruption und Nepotismus blühten und die Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern zur Befriedigung der Grundbedürfnisse war knapp geworden. Die entstandene politische Krise kulminierte schließlich in der nationalen Tragödie vom 30. September 1965, die Menschenleben in großer Zahl gefordert hatte.

Dank harter Arbeit und dank der Hilfsbereitschaft befreundeter Länder gelang es Indonesien, sich wieder zu erholen. In den folgenden drei Dekaden wies das Land beeindruckende wirtschaftliche Wachstumsraten auf und wurde von der Weltbank als ein »high performing« asiatisches Land eingestuft.

Zu Beginn der 90er Jahre zeigten sich erneut Schwächen, und die Regierung der sogenannten »Neuen Ordnung« geriet unter scharfe und anhaltende Kritik. Vorgeworfen wurden ihr übergroßer Zentralismus sowie die alten Übel Korruption, Kollusion und Nepotismus. Die Kritik verhallte fast ungehört, auch weil die indonesische Wirtschaft den eingeschlagenen Wachstumskurs noch beschleunigen konnte. In ihrem Jahresbericht für 1997 prognostizierte die Weltbank für Indonesien sogar eine Wachstumsrate von 7,4 Prozent.

Mitten in dieses Wachstum hinein platzte im Sommer 1997 die

asiatische Währungskrise. Die Lage geriet schnell außer Kontrolle und entwickelte sich rasch zu einer schleppenden multidimensionalen Krise, die die unterschiedlichsten Bereiche erfasste. Ihre Auswirkungen erreichten allmählich das ganze Land und stellten die Bevölkerung vor außerordentliche Herausforderungen. Als Währungsverfall hatte die Krise in Thailand begonnen und mit einem Dominoeffekt in kurzer Zeit auch Indonesien erreicht. Der thailändische Baht war am 2. Juli 1997 von 24,7 Baht auf 29,1 Baht zum US-Dollar gefallen, und die Talfahrt hatte ihren Höhepunkt erreicht, als am 8. Dezember 1997 56 von 58 der bedeutendsten thailändischen Geldinstitute geschlossen werden mussten. Dem Verfall des Baht folgte der Verfall der Währungen in anderen südostasiatischen Ländern einschließlich der Philippinen, Malaysias, Indonesiens und Südkoreas. Alle diese Länder hatten Wirtschaftsstrukturen, die sich nicht sehr von denen unterschieden, die in Thailand bestanden. Überall beschleunigte die Krise die Flucht in ausländische Währungen, und dies hatte nacheinander einen Kollaps des Bankensystems zur Folge.

In Indonesien waren die Zeichen der Krise bereits in der zweiten Juliwoche zu spüren, als der Kurs der Rupiah von 2432 Rp. auf 3000 Rp. zum US-Dollar fiel. Obwohl die indonesische Zentralbank versuchte, mit Hilfe verschiedener Maßnahmen die Rupiah zu verteidigen, verhinderte der Fortgang der internationalen Währungskrise und ein damit Hand in Hand gehender Vertrauensverlust einen Erfolg dieser Bemühungen.

Auch der Entschluss Präsident Suhartos, den Internationalen Währungsfonds (IWF) am 8. Oktober 1997 um Hilfe zu bitten, brachte keine Besserung. Außerdem verstörte die Entscheidung der Regierung, 16 Banken zu schließen, die Geschäftswelt noch mehr. Der Wert der Rupiah fiel weiter auf 5097 Rp. zum US-Dollar; am 8. Januar 1998 wurde die Rupiah nur noch mit 9800 Rp. und Ende Januar 1998 mit 11 050 Rp. zum US-Dollar gehandelt. Die Währungskrise hatte am Ende bewirkt, dass das gesamte indonesische

Bankwesen über eine geraume Zeit hinweg nicht mehr funktionierte. Initiativen zur Beförderung des Wachstums im produktiven Sektor und im Sektor der Dienstleistungen waren unmöglich geworden. Die gesamte Wirtschaft stagnierte. Die Versorgung mit Gütern, vor allem auch mit Gütern des täglichen Bedarfs, war lahmgelegt. Eine Nahrungs- und Bedarfsmittelkrise stand vor der Tür.

Die Krise führte zu Massenentlassungen, ein Phänomen, das in seinen Anfängen schon seit 1995 zu beobachten war. Dazu kam, dass der jährliche Zuwachs an Arbeitskräften in Indonesien, der bei 3,2 Millionen Menschen jährlich lag, dazu führte, dass jene, die nicht von der Industrie absorbiert werden konnten, in den informellen Sektor abwandern mussten, der ohnehin unter geringer Produktivität litt.

Die Währungskrise ließ die Zahl der Nichtbeschäftigten von 4,68 Mio. im Jahr 1997 auf 5,46 Mio. im Jahr 1998 wachsen; die Zahl der Unterbeschäftigten stieg im gleichen Zeitraum von 28,2 Mio. auf 32,1 Mio.. Der Anstieg der Zahl der Nichtbeschäftigten einschließlich der Unterbeschäftigten führte zu einer Verminderung des Volkseinkommens mit allen Folgen einer sozialen Krise: Verunsicherung und aktueller Not.

Allgemeine Unruhe und Furcht begannen sich auszubreiten. Indonesien, das unter Präsident Suharto einmal große makroökonomische Stabilität aufgewiesen hatte, zeigte sich nicht in der Lage, die Korruption zu beseitigen. Im Gegenteil: Das Land gab einen fruchtbaren Boden für alle Arten der Korruption, der sich sowohl in der Zentralregierung wie in allen anderen Verwaltungsebenen von oben nach unten breitgemacht hatte. Kollusion, die sich häufig in der Gewährung von Monopolstellungen äußert, verbreiterte die Kluft zwischen Arm und Reich. Nur eine kleine Gruppe konnte noch die Chancen nutzen, die ein solches System bot, während alle anderen immer stärker unter die Armutsgrenze gedrückt wurden. Hinzu kam, dass sich die bisher günstige wirtschaftliche Entwicklung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, im Prinzip auf Java

# 1 Vor dem Rücktritt Präsident Suhartos

»Für alle, die an Gott glauben, ist die Macht ein Auftrag Gottes. Für alle, die an die Existenz Gottes nicht glauben, ist die Macht ein Auftrag des Volkes. Der wahre Inhaber der Macht kann diesen Auftrag jederzeit und auf seine Weise zurückziehen.«

Mittwoch, den 20. Mai 1998

Ich war gerade im Begriff, einen Bericht vorzubereiten, den ich dem Präsidenten termingemäß am 20. Mai 1998 um 19.30 Uhr in dessen Residenz in der Jalan Cendana überbringen sollte. Die Unterlagen hierfür hatte mir das Sekretariat des Koordinators der Golkar-Familie vorgelegt.

Die politische Familie der Golkar (im folgenden kurz Golkar-Familie genannt) bestand aus drei Gruppierungen, aus der Golkar-Partei, den Streitkräften (ABRI) und den Vertretern der Provinzen. Diese Gruppierungen wurden jeweils vom Vorsitzenden der Golkar, vom Befehlshaber der Streitkräfte und vom Innenminister vertreten. Das Amt des ständigen Koordinators<sup>[7]</sup> der Golkar-Familie hatte ich zum ersten Mal 1993–1998 und seit diesem Jahr zum zweiten Mal inne.

Im politischen Mechanismus jener Jahre war die Rolle des ständigen Koordinators von außerordentlicher Bedeutung. Seine Hauptaufgabe bestand darin, die Pläne für die turnusmäßig nächste Sitzung der Volksversammlung (MPR) Anfang März 1998 sowie für den nationalen Kongress der Golkar im September 1998 ein-



schließlich der vorausgehenden Kongresse der Provinzverbände vorzubereiten und durchzuführen. Letztere waren bereits auf März bis September 1998 terminiert worden. Üblicherweise besaß der Koordinator noch einen oder mehrere Stellvertreter. Bei meiner Ernennung zum Koordinator am 31. Dezember 1997 war jedoch aus mir unbekanntem Gründen auf einen Stellvertreter verzichtet worden.

Die Lage war bereits kritisch und die Auswirkung der Währungskrise in Thailand seit August 1997 auch in Indonesien spürbar. In dieser Situation stellte ich mir die Frage, warum gerade ich die Ehre und das Vertrauen erhalten hatte, das Amt des Koordinators zu übernehmen, sogar noch ohne Stellvertreter. Eine konkrete Antwort allerdings konnte ich nicht finden, weder darauf, noch auf die Frage nach Grund und Zweck meiner Ernennung.

Präsident und Vizepräsident bestimmten zusammen mit dem Koordinator der Golkar-Familie die politischen Richtlinien nach Erwägung der Vorschläge und Analysen der drei Gruppierungen der Golkar-Familie. So ähnlich war auch bei der Bildung des neuen Kabinetts, des sogenannten 7. Entwicklungskabinetts, nach der Sitzung der Volksversammlung im März 1998 verfahren worden. Sie erfolgte aufgrund der Bewertung und Analyse des wiedergewählten Präsidenten zusammen mit dem Koordinator der Golkar-Familie. Wie ich es bereits 1993 erlebt hatte, war es nicht der Vizepräsident, der gebeten wurde, zusammen mit dem ernannten Präsidenten das neue Kabinett zusammenzustellen, sondern der Koordinator der Golkar-Familie.

Der Termin bei Präsident Suharto in seiner Residenz in der Jalan Cendana war daher Teil meiner Funktion als Koordinator der Golkar-Familie und nicht meiner Eigenschaft als Vizepräsident. In der Funktion als Koordinator traf ich den Präsidenten im Prinzip täglich am gleichen Ort und zur gleichen Zeit.

Als ich am 20. Mai 1998 um 17.00 Uhr die eingegangenen Berichte der drei Gruppierungen der Golkar las, kam der Adjutant,

Oberst Djuhana (Marine) in mein Arbeitszimmer und meldete, dass der Koordinierende Minister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie, Ginandjar Kartasasmita<sup>[8]</sup>, mich am Telefon sprechen wolle. Ginandjar fungierte gleichzeitig als einer der Sekretäre des Koordinators der Golkar neben Akbar Tanjung, Rahardi Ramelan, Giri Suseno, Generalleutnant Gatot und Frau Sulasikin Murpratomo.

Da ich gerade dabei war, Lage und Stand der Dinge zu analysieren und dazu die Berichte der Streitkräfte, der Provinzvertreter und der Partei auszuwerten, nahm ich an, dass der Anruf von Ginandjar Kartasasmita eine Berichtigung der bei mir eingegangenen Daten betreffen würde. Die Nachricht, die er mir übermittelte, betraf aber etwas ganz anderes. Er erklärte mir, dass er in seiner Eigenschaft als Koordinierender Minister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie mit 13 weiteren Ministern, die ihm unterstanden, nicht bereit sei, in das geplante Reformkabinett Suhartos einzutreten. Dennoch seien sie als Mitglieder des gegenwärtigen 7. Entwicklungskabinetts bereit, ihre Aufgaben solange weiterzuführen, bis das neue Reformkabinett gebildet sei.

Meine Frage war kurz: »Haben Sie das mit dem Präsidenten schon besprochen?«

Ginandjar antwortete: »Noch nicht. Aber die Entscheidung wurde bereits als Ergebnis unserer Besprechung von allen unterschrieben und dem Präsidenten schriftlich über Mbak Tutut mitgeteilt.« Frau Tutut war die älteste Tochter Präsident Suhartos.

Ich sagte nur: »Muss das denn sein?«

Die vierzehn Minister waren Ginandjar Kartasasmita als Koordinierender Minister sowie Akbar Tanjung, A. M. Hendropriyono, Giri Suseno, Haryanto Dhanutirto, Justika Baharsjah, Kuntoro Mangkusubroto, Rachmadi Bambang Sumadhijo, Rahardi Ramelan, Subiaktio Tjakrawerdya, Sanyoto Sastrowardoyo, Sumahadi, Theo L. Sambuaga und Tanri Abeng.

Ich fragte noch, welche Minister, die seiner Koordination un-

## 2 Die ersten 100 Tage: Der Kampf gegen die multidimensionale Krise

»Ein politischer Führer muss einer reinen Quelle gleichen, aus der sauberes Wasser fließt. Dann wächst und gedeiht alles Leben um ihn herum. Ist die Quelle aber unrein, vergiftet das Wasser, das aus ihr fließt, alles Leben.«

Nach dem Ende der Zeremonie fuhr ich sofort nach Hause, um mich über die neueste Lage und die Entwicklung der Demonstrationsbewegungen zu informieren und vor allem, um meine Rede vorzubereiten, die am Abend über TVRI ausgestrahlt werden sollte.

Sie hatte folgenden Wortlaut:

Zunächst möchte ich alle Indonesier und Indonesierinnen, wo auch immer sie sich befinden sollten, auffordern, Gott den Allmächtigen zu preisen und zu bitten, uns seinen Segen und seine Gnade zu schenken und uns Geduld und Glauben zu verleihen, damit wir die Herausforderungen bestehen können, vor denen die Nation steht. Diese Herausforderungen verlangen Geduld und harte Arbeit von uns allen, damit die Nation sich aus der wirtschaftlichen und politischen Krise befreien kann, die uns bedroht.

Mit dem Rücktritt von Bapak Haji Mohamed Suharto als Präsident der Republik Indonesien in Übereinstimmung mit Artikel 8 der Verfassung von 1945 habe ich verfassungsgemäß die Nachfolge als Präsident angetreten und den Amtseid am 21. Mai 1998 um 09.10 Uhr geleistet.

Euer Wunsch nach umfassender Reform wird durch die Bildung eines Kabinetts erfüllt werden, das für die von uns angestrebten politischen Zielen verantwortlich ist. In aller Demut bekenne ich, dass meine Aufgabe schwierig ist. Um meine Pflicht erfolgreich zu erfüllen, brauche ich die volle Unterstützung

zung des Volkes. Ich hoffe, dass alle Kreise und Schichten des indonesischen Volkes mir diese Unterstützung geben, damit wir alle zusammen die Krise überwinden, die das Leben unserer Nation so gut wie stillgelegt hat.

Der Kampf der Studenten, der den Reformprozess beschleunigte, hat uns zugleich die frische Luft gebracht, die uns in das 21. Jahrhundert befördert. Mit großer Aufmerksamkeit habe ich die Dynamik der Bestrebungen nach einer grundlegenden Reform verfolgt, die sich in der Öffentlichkeit entwickelt hat, bei den Studenten, in den Kreisen der Gebildeten, im ganzen Volk und auch im Parlament. Die Erneuerung des politischen Lebens gemäß den Anforderungen unserer Zeit und der heutigen Generation mit ihrem Willen zur Reform, ihrem Verlangen nach einer sauberen Regierung, die frei ist von Ineffizienz, Korruption, Kollusion und Nepotismus, und nach einer Wirtschaft, die allen eine Chance gibt, das ist es, was ich als Erwartungen des Volkes verstanden habe.

Diesen Erwartungen des Volkes gilt meine Verpflichtung zu einer Reform, die Schritt für Schritt und auf verfassungsgemäße Weise das politische Leben demokratisch erneuert und die Forderungen unserer Zeit und der heutigen Generation im Einklang mit den Grundsätzen der Pancasila und der Verfassung von 1945 erfüllt. Diese Grundsätze werden mich bei der Bildung eines Kabinetts leiten, das den Forderungen der Zeit und den Wünschen des Volks entspricht, ein Kabinett, das kompetent und mit großem Pflichtbewusstsein arbeitet und untadelige Integrität aufweist.

Die Hauptaufgabe des Kabinetts wird sein, die Reform auf folgenden Feldern voranzutreiben:

1. auf dem Gebiet der Politik, einschließlich der Änderung verschiedener Gesetze mit dem Ziel, die Qualität des politischen Lebens zu erneuern und die Wähler in seinen Mittelpunkt zu stellen, im Einklang mit den Grundsätzen der allgemeinen Politik des Staates,
2. auf dem Gebiet des Rechts, einschließlich der Aufhebung des Antisubversionsgesetzes
3. und auf dem Gebiet der Wirtschaft, einschließlich der raschen Inkraftsetzung eines Antimonopolgesetzes.

Darüber hinaus wird die Regierung auf dem Gebiet der Wirtschaft ihr beson-

deres Augenmerk sowohl auf den nationalen Haushalt richten wie auch auf eine Wiederbelebung des Bankensystems und der finanziellen Institutionen sowie auf Programme, die die Wohlfahrt des ganzen indonesischen Volks zum Ziele haben. Die Regierung wird alle eingegangenen Verpflichtungen gegenüber ausländischen Institutionen erfüllen. Dies gilt insbesondere für die wirtschaftlichen Programme, die auf den Abkommen mit dem IMF beruhen. Die Regierung bleibt weiterhin der regionalen und internationalen Zusammenarbeit verpflichtet, so wie dies auch bisher der Fall war, und wird alle Anstrengungen unternehmen, um die indonesische Nation so schnell wie möglich, gestützt auf nationales und internationales Vertrauen, wieder auf den Weg rascher Entwicklung zu führen.

Angesichts dieser schweren, aber ehrenvollen Aufgabe bin ich offen und dankbar für jeden Rat und auch jede Kritik aus der Öffentlichkeit, damit die Politik der Reform schneller voranschreitet und die Krise der Nation und des Staates gemäß unserer Wünsche überwunden werden kann. Um diese Hoffnungen erfüllen zu können, bitte ich noch einmal um Ihre Hilfe und Unterstützung. Ich fordere gleichzeitig alle Gruppierungen der Nation auf, den Streit, der zwischen ihnen ausgebrochen ist, zu begraben, damit wir alle Kräfte darauf konzentrieren können, die Krise, die uns bedroht, schnell und wirksam zu lösen.

Abschließend möchte ich noch einige Worte über Präsident Suharto sagen, der soeben von seinem Amt zurückgetreten ist. Als eine Nation, die ihre Werte hoch hält, werden wir nie den Beitrag vergessen, den Präsident Suharto für die Nation in den schwierigen Jahren zwischen 1965 und 1968 geleistet hat. Darüber hinaus hat er mit seiner Politik der Entwicklung dem Land einen Aufschwung verschafft, der uns weit über den Stand von vor dreißig Jahren emporgehoben hat, bevor wir dann von der Krise erfasst wurden, die sich auf ganz Asien ausgewirkt hat.

Im Namen der Regierung und in meinem eigenen Namen möchte ich deshalb dem zweiten Präsidenten der Republik Indonesien, Haji Mohamed Suharto, für seinen Einsatz und sein Engagement für das Land danken. Ich denke, dass auch das indonesische Volk sich diesem Dank anschließt.

Möge Gott der Allmächtige die ganze indonesische Nation segnen und beschützen.

### 3 Zwischenzeit: Nach den ersten hundert Tagen bis zu den letzten hundert Tagen vor der Präsidentenwahl

»Am Ende wird stets jenes System, das einen hohen Grad von Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit besitzt, auch die Qualität und die Zuverlässigkeit der politischen Gedanken und ihrer praktischen Verwirklichung bestimmen.«

Bevor ich die einzelnen Schritte meiner Politik skizziere, mit denen ich die Probleme der Nation zu lösen versuchte habe, möchte ich mit acht kurzen Punkten zunächst etwas zu dem Grundsatz sagen, der mich dabei geleitet hat. Dass dabei meine Ausbildung zum Ingenieur an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen etwas durchschlägt, sollte niemanden von der Lektüre abhalten.

1. Keines unserer Probleme im Leben kann hundertprozentig gelöst werden.
2. Jeder Lösungsversuch kann nur in einer Stufenfolge von Annäherungen bestehen. Wenn wir die ersten Ideen zu einer Lösung als Annäherung  $A_0$  bezeichnen, werden weitere Gedanken und Überlegungen in eine Stufe  $A_1$  münden, von dort aus die Stufe  $A_2$  erreichen können, und so weiter bis hin zu einer Stufe  $A_m$ .
3. Je nach dem Grad seiner Bildung, seiner gewonnenen Einsichten, seiner Erfahrungen, seines kulturellen und historischen

Hintergrunds kann ein Mensch vielleicht fünfzig, sechzig oder sogar achtzig Prozent eines Problems lösen. Eine hundertprozentige Lösung wird ihm dennoch nicht gelingen. Es ist also unrealistisch, von der Möglichkeit einer vollkommenen Lösung eines Problems auszugehen. Vielleicht gelingt es, zur Stufe  $A_{20}$  oder  $A_{30}$  oder auch  $A_{55}$  vorzudringen und damit das Problem in Richtung einer hundertprozentigen Lösung voranzutreiben. Klar ist jedoch auch, dass eine solche nahezu perfekte Lösung viel Zeit und hohen Aufwand erfordert

4. Wenn wir unterstellen, dass wir mit  $A_{100}$  (also  $m = 100$ ) eine 90-prozentige Lösung erreicht haben, damit aber nicht zufrieden sind und eine 91-prozentige Lösung erreichen, also von  $A_{100}$  auf  $A_{101}$  fortschreiten wollen, müssen wir uns darauf einrichten, erhebliche Mühen und Kosten auf uns zu nehmen.
5. In diesem Fall stellt sich die Frage, ob es sich lohnt, diese Mühen und diese Kosten einzusetzen, um eine winzige Verbesserung einer Lösung zu erreichen, die wir bereits gefunden haben.
6. Lautet unsere Antwort »ja« (oder »nein«), wissen wir, dass die Risiken der einzuschlagenden Politik bei einem erträglichen Minimum liegen.
7. Ist die Antwort hierauf schwierig oder gibt es zeitliche oder andere Probleme, die es erschweren, zur nächsten Annäherung voranzuschreiten, so muss der Politiker mutig und entscheidungsbereit genug sein, um einen Entschluss mit kalkuliertem Risiko und kalkulierten Kosten zu treffen.
8. In Umständen allerdings, in denen es ersichtlich wird, dass es vielleicht Möglichkeiten gibt, Lösungen zu finden, die die gegebenen Grundvoraussetzungen weder tangieren, noch die Aufgabe von Prinzipien erfordern, sollte man nicht zögern, einen neuen Versuch mit anderem Ziel mit der Stufenfolge  $B_0, B_1, B_2$  etc. zu beginnen.

## Die Sondersitzung der Volksversammlung (MPR) und die Allgemeinen Wahlen

»Die Berufung auf allgemeine Menschenrechte muss durch einen Blick auf die Existenz grundlegender Menschenpflichten ausbalanciert werden.

Demokratie ist eng verbunden mit der Qualität der Erziehung. Je höher die Qualität der Bildung einer Gesellschaft, umso offener ist sie für die Verbreitung und Praxis demokratischer Konzepte.«

## Beratungsgespräche mit dem Parlament (DPR) und mit der Volksversammlung (MPR)

Alle Informationen, die ich über offizielle und informelle Kanäle aus dem In- und Ausland erhalten hatte, zeigten nach wie vor, dass die Situation in Indonesien weder als klar noch als stabil bezeichnet werden konnte. Allerdings hatte sich die wirtschaftliche und politische Lage durch die entschlossenen, systematischen, klaren und pragmatischen Maßnahmen der Regierung verbessert. Dennoch führten die Vorurteile, die das Reformkabinett als bloße Fortsetzung der sogenannten ›Neuen Ordnung‹ diffamierten, dazu, dass alles, was wir bisher gemacht hatten, negativ bewertet wurde. In dieser Kritik hatten sich die unterschiedlichsten politischen Parteien, Gruppierungen und Organisationen vereint, die in Wirklichkeit zwar vollkommen entgegengesetzte Programme verfolgten, aber dennoch eine kompakte Kraft darstellten, mit der man rechnen musste. Jeder falsche Schritt konnte zu einer Revolution, zum Bürgerkrieg oder gar zur »Balkanisierung« des Landes führen. Der einzige Weg, um eine gewisse Stabilität in dieser Situation zu erreichen, war, freie, allgemeine und demokratische Wahlen auszu-schreiben, an denen sich alle Parteien beteiligen konnten, solange



## 4 Die letzten hundert Tage vor der Wahl des 4. Präsidenten der Republik Indonesien

»Probleme, vor denen die Menschen stehen, sind das Ergebnis menschlichen Tuns. Und es sind wiederum Menschen selber, die sie lösen müssen. Die Crux besteht darin, dass es den Menschen schwerfällt, die Macht als Teil der Bemühungen, die Probleme zu lösen, wieder abzugeben.«

### Erfahrungen, Meinungen, öffentliche Kritik

Vor der Sitzung der Volksversammlung 1999 nutzte ich alle möglichen Gelegenheiten, um der Öffentlichkeit meine Vision vorzustellen, Indonesien in eine moderne Zivilgesellschaft zu verwandeln.

Die erste Gelegenheit dafür bot sich anlässlich eines Treffens aller Gouverneure im Bina Graha am Samstag, dem 10. Juli 1999. Den Gouverneuren erläuterte ich vor allem mein Konzept für die Reform von Militär und Polizei und die Auswirkungen der provinziellen Selbstverwaltung auf ihre Arbeit. Nach der Trennung der Polizei von den Streitkräften beschränkte sich die Aufgabe von Heer, Marine und Luftwaffe auf die Verteidigung der territorialen Integrität und Souveränität des Landes. Aufgabe der Polizei dagegen sei der Schutz der Gesetze und die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung. Zu den Gesetzen zählte die Verfassung von 1945 ebenso wie die Bestimmungen der Volksversammlung, die von Abgeordnetenhaus verabschiedeten Gesetze, die Verord-

nungen der Regierung ebenso wie die Gesetze und Verordnungen der Provinzen, Landkreise und Gemeinden. Ich erläuterte, dass in Zukunft der örtliche Polizeichef von der örtlichen legislativen Körperschaft zu wählen sei und dem Vorsitzenden der örtlichen Exekutive direkt verantwortlich sein werde. Der Chef der Nationalen Polizei wäre direkt dem Präsidenten verantwortlich, während das Budget der Nationalen Polizei beim Innenminister liege.

Die Kriterien für die Auswahl des örtlichen Chefs der Polizei würden die örtlichen legislativen Körperschaften zusammen mit dem Innenminister und dem Chef der Nationalen Polizei aufstellen. Die Uniformen der Polizei könnten sich von Provinz zu Provinz durchaus unterscheiden. Verantwortlich dafür seien die lokalen gesetzgebenden Gremien zusammen mit der dortigen Administration. Alle diese neuen Regelungen stellten den Beginn einer neuen Ära weitreichender Autonomie dar und sind in den Artikeln des Gesetzes Nr. 22/1999 und, was den Budgetausgleich zwischen der Zentralregierung und den lokalen Verwaltungen betrifft, in Gesetz Nr. 25/1999 enthalten.

Auch zur Wahl der Gouverneure erläuterte ich der Versammlung meine Vorstellungen und führte aus, dass die Gouverneure in Zukunft in demokratischer Weise gewählt werden müssten. Das bisherige System habe mit Demokratie nichts zu tun gehabt, wie alle wüssten. Der Innenminister habe dem Präsidenten drei Namen vorgeschlagen, aus denen der Präsident dann einen Namen ausgewählt hatte. Habe der Präsident alle Namen abgelehnt, war es wiederum Aufgabe des Innenministers gewesen, drei neue Namen vorzulegen, und so fort. Demokratischer wäre es bereits gewesen, wenn der Präsident beispielsweise eine Liste mit zwanzig Kandidaten vorgelegt bekommen und dann zusammen mit dem Innenminister, dem Justizminister, dem Generalstaatsanwalt, dem Kommandeur der Streitkräfte, dem Chef der Nationalen Sicherheitsagentur und dem Chef der Polizei über die gesamte Liste beraten hätte. Am Schluss wären vielleicht 15 Kandidaten übriggeblieben,

die dann dem Repräsentantenhaus zur endgültigen Entscheidung übergeben worden wären. Jedenfalls wäre dies ein demokratischeres System gewesen als das, was bisher praktiziert worden sei. Noch demokratischer sei es allerdings, wenn die Gouverneure, Landräte und Bürgermeister in Zukunft, wie im Zug der Reform geplant, direkt vom Volk und damit ohne den Einfluss der sogenannten Politik des großen Geldes gewählt würden.

Auch führte ich vor den Gouverneuren aus, dass es in keinerlei Weise erforderlich sei, alle Macht des Staates in die Hände des Präsidenten zu legen, wie das bisher üblich gewesen sei. Der Präsident müsse zwar dem Volk nahe sein, aber er dürfe nicht glauben, er wäre alles und jedes. Dieser Grundsatz, den ich mir zu Eigen gemacht hätte, gelte in gleicher Weise für Gouverneure, Landräte und Bürgermeister. Auch sie sollten nicht glauben, sie seien kleine Könige.

Eine weitere Gelegenheit, meine Konzeption der zukünftigen indonesischen Gesellschaft zu erklären, bot sich anlässlich des 52. Jahrestags der Nationalen Kooperativen im Senayan-Stadion am 12. Juli 1999. Bei dieser Veranstaltung rief ich alle Indonesier und Indonesierinnen dazu auf, darüber nachzudenken, wie wir eine starke und effektive Legislative aufbauen und wie wir die Macht des Präsidenten besser kontrollieren könnten. Mit einer solchen Kontrolle könnten wir ein größeres Gleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive erreichen. Die Souveränität des Volkes zeige sich am wirkungsvollsten in einer starken und effektiven Legislative, die in der Lage wäre, die Wünsche des Volkes widerzuspiegeln und für deren Verwirklichung zu kämpfen. Direkt gewählte Abgeordnete wären stets gezwungen, in ihre Wahlkreise zurückzukehren, um dort mit den Wünschen, Beschwerden und Anregungen ihrer Wähler konfrontiert zu werden. In der Euphorie am Vorabend der Wahlen wäre es mehr als wünschenswert, die Energie nicht so sehr auf die Wahl des Präsidenten zu richten, deren Mechanismen die Verfassung von 1945 verständlich genug ausgedrückt hätte.

# Anhang

## Anmerkungen

- 1 Franz von Magnis-Suseno, »Neue Schwingen für Garuda – Indonesien zwischen Tradition und Moderne«, München 1989, S. 38 und 136/7.
- 2 G 15: eine Gruppe von heute 17 Staaten aus Asien, Afrika und Lateinamerika, nämlich Ägypten, Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Jamaika, Kenia, Nigeria, Malaysia, Mexiko, Peru, Senegal, Sri Lanka, Venezuela, Zimbabwe.
- 3 Pertamina (Perusahaan Pertambangan Minyak dan Gas Bumi Nasional): Nationale Öl- und Gasgesellschaft, das damals mächtigste Wirtschaftskonglomerat in Staatsbesitz.
- 4 Istana Merdeka, Palast der Freiheit, früherer Sitz des niederländischen Generalgouverneurs, heute Palast des Staatspräsidenten.
- 5 Nurcholis Madjid: Der Geisteswissenschaftler ist der Gründer der Paramadina-Universität in Jakarta und galt bis zu seinem frühen Tod als einer der bekanntesten Wegbereiter eines modernen Islam. Die Paramadina-Universität folgt seinen Lehren.
- 6 Die feierliche Verpflichtung eines neuen Präsidenten gegenüber der Volksversammlung (MPR) beim Amtsantritt enthält auch die Erklärung, dass er mit der Person des Vizepräsidenten als seinem möglichen Nachfolger einverstanden ist.
- 7 Koordinator: Die Zusammensetzung der sogenannten Golkar-Familie aus Golkar-Partei, Vertretung der Streitkräfte und der vom Präsidenten ernannten Vertreter der Provinzen verlangte eine kontinuierliche Koordinierung dieser drei Fraktionen für das politische Geschäft im Parlament und in der Volksversammlung MPR. Oberster Koordinator war Präsident Suharto selbst. Darunter gab es den sogenannten

## Bildteil



*Vereidigung als indonesischer Staatspräsident, 21. 5. 1998*



*Vereidigung des Reformkabinetts, 23. 5. 1998*